

Seite: 48
Ressort: Rhein-Main-Zeitung
Seitentitel: Hessen
Gattung: Tageszeitung

Nummer: 24
Auflage: 68.997 (gedruckt) 59.115 (verkauft)
 62.337 (verbreitet)
Reichweite: 0,15 (in Mio.)

Streit um Bus und Straßenbahn

SPD und Grüne scheuen Diskussion um Reform des Liniennetzes vor der Kommunalwahl

cpm. KASSEL. Die "Arroganz der Macht" ist eine politische Todsünde. Sie baut sich langsam, ja unmerklich auf. Die Kasseler SPD bekam die Fehleinschätzung vor gut zwanzig Jahren schmerzhaft zu spüren. In der Wählergunst stürzte sie hart ab, aus dem Himmel der absoluten Mehrheit auf weniger als 30 Prozent, was heute für die SPD im nationalen Maßstab viel wäre, aber damals in Kassel eine Katastrophe war. Die, das hatten die Sozialdemokraten schließlich selbst erkannt, gipfelte in einer Verkehrspolitik, die die Bürger als Schikane und Bevormundung empfanden. "Lollis", rot-weiß beklebte Rundbarken, sollten die Autofahrer in der ganzen Stadt zur Vorsicht zwingen. Der Zorn über die Lollis und die Abgehobenheit der Kommunalpolitik ließen die Wähler den Aufschwung nach dem Mauerfall und Segnungen wie die Übergabe einer neuen Straßenbahnlinie glatt vergessen.

Zwei Dekaden später haben die Kasseler zwar auch allerlei vergessen. Kaum einer spricht noch über den Abriss der Kultur-Fabrik Salzmann, die zum Teil eines neuen technischen Rathauses werden sollte. Doch kaum war die Gründerzeitarchitektur niedergelegt, zog sich der Investor zurück, schon bald wuchsen Pionierhölzer aus den Trümmern. Kassel feiert sein wirklich gelungenes

Grimm-Museum, tritt dank kräftiger Gewerbesteuereinnahmen unter dem Schutzschirm des Landes hervor und begeht doch einen Fehler. Die kommunale Verkehrsgesellschaft will das Busnetz straffen, aber Rot und Grün, die im Rathaus das Sagen haben, wollen die Debatte nicht vor der Wahl führen.

Die Kommune hat auf den Ausbau der Straßenbahn gesetzt - sogar mit Erfolg. Einige Linien sind so nachgefragt, dass die Züge in Doppeltraktion durch die Stadt fahren und Haltestellen verlängert werden mussten. Doch um die schönen neuen Bahnen fahren zu lassen, müssen die Verkehrsbetriebe die Ausgaben auf anderen Linien begrenzen. Dass sie deshalb nach der Auslastung bestimmter Strecken fragen, ist selbstverständlich und ihre Pflicht. Allerdings, so viel ist bekanntgeworden, sind vor allem einzelne Buslinien ziemlich unattraktiv. Würden diese eingestellt, was diskutiert wird, wären einige Stadtteile weitgehend vom ÖPNV abgeschnitten. Dort ist die Empörung groß. CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler und die Kasseler Linke verlangen nun - selbstverständlich im Kommunalwahlkampf und wann denn sonst - nach einer Sondersitzung der Stadtverordneten, um die Netzreform zu diskutieren. Sie monieren zudem, dass der Magistrat die Bürgerangaben zum Netzplan nicht mehr

vor der Wahl am 6. März beantworten wolle.

Die Fraktionen von SPD und Grünen reagieren mit unglaublicher "Verwunderung" auf das Ansinnen der anderen Kommunalpolitiker, denn die beiden Mehrheitsfraktionen wollen eine "angemessene Behandlung der Anträge ohne die Vorzeichen der Kommunalwahl", lesen die Kasseler im Lokalteil der "Hessischen Allgemeinen". Dass sich die Interessen derer nicht decken, die sich - obzwar sie Stadtverordnete und keine Parlamentarier sind - nach ihrem Selbstverständnis in Regierung und Opposition scheiden, ist offensichtlich und verständlich. Die Bürger dürften dies durchschauen. Die Wähler aber bis zum 6. März fürsorglich wie einen Kranken in eine Schonhaltung betten zu wollen, um ihnen Debatten zu ersparen, die allein die Wahlbewerber als unangenehm empfinden, ist mindestens naiv, wenn nicht gar arrogant. Der Fehler ist wohl kaum mehr zu heilen. Die Opposition hat endlich ein Thema gefunden, und die Regierenden haben es ihr wohlfeil geliefert. Es geht nicht um den verantwortlichen Umgang mit Zuschüssen für den Nahverkehr, sondern um den politischen Umgang mit dem vermeintlich mündigen Bürger, der sich empört, wenn er wie unmündig behandelt wird.

Wörter: 528